



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 10. November 2023 |  
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

auch heute, einen Tag nach dem mehrfach historischen 9. November, halten wir inne angesichts der Mahnungen, die mit den Ereignissen dieses Tages verbunden sind. Gestern jährte sich die Reichspogromnacht zum 85. Mal. Sie war das Initialereignis für den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg gegen jüdisches Leben in Deutschland. Am Abend des 9. Novembers überfielen die Nazis jüdische Geschäfte und Einrichtungen; sie setzten Synagogen in Brand, verwüsteten Geschäfte, lynchten, vergewaltigten und töteten jüdische Bürgerinnen und Bürger. In seinem Brief anlässlich dieses Jahrestages bemerkt Friedrich Merz: *„Noch vor wenigen Wochen war für mich unvorstellbar, was wir heute erleben: Der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Shoa, das Massaker der Hamas am 7. Oktober in Israel, wurde in der deutschen Hauptstadt von Teilen der Bevölkerung als Freudenereignis gefeiert.“*

Mich empört, was wir seit Tagen in Deutschland erleben. Wir erleben

Demonstrationen in deutschen Großstädten, auf denen unter missbräuchlicher Ausnutzung des hohen Verfassungsguts der Versammlungsfreiheit offen Israels Existenzrecht in Frage gestellt wird. Unter diesen Demonstranten befinden sich auch zahlreiche Verherrlicher des Hamas-Terrors. Wegen solcher Versammlungen, die sich überwiegend aus einem bestimmten islamistischen Millieu von Migranten arabischer Abstammung speisen, werden auch jene Musliminnen und Muslime in unserem Land in Mitleidenschaft gezogen, die mit Antisemitismus, Hass und Hetze nichts am Hut haben und damit nicht in Verbindung gebracht werden möchten. Unsere Antwort in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung von Antisemiten muss klar bleiben - das gebietet vor allem die Mahnung, die vom 9. November ausgeht: Nie wieder! Ich möchte Ihnen insbesondere für Ihre weiterführende Information die gestrige Bundestagsdebatte ans Herz legen.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe

- **Leitantrag: Historische Verantwortung wahrnehmen.**
- **Aktuelle Stunde zur irregulären Migration**
- **Gespräch mit dem Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE)**
- **Gute Nachricht der Woche: EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine**

## Historische Verantwortung wahrnehmen – Jüdisches Leben in Deutschland schützen

**D**er terroristische Angriff der Hamas am Morgen des 7. Oktober 2023 auf unschuldige Menschen, die Tötung ganzer Familien und willkürliche Geiselnahmen haben die menschenverachtende Brutalität dieser islamistischen Terrorgruppe aufgezeigt. Täglich kommen neue verstörende Details des lang geplanten, barbarischen und menschenverachtenden Angriffs auf den Staat Israel und seine Bevölkerung hinzu.

***Standpunkt:** Für Israel stellt sich durch diesen in der jüngsten Geschichte beispiellosen Terrorangriff die Existenzfrage. Mit Abscheu blicke ich auf den – nunmehr aus Anlass des Hamas-Terrors – insbesondere bei Kundgebungen und Demonstrationen in Deutschland offen zutage tretenden Antisemitismus. Dieser niederträchtige Jubel über Tod von Jüdinnen und Juden ist unerträglich und muss alle nach den Regeln des Rechtsstaats möglichen Konsequenzen nach sich ziehen. Es darf keinen Zweifel geben, wo die demokratischen Kräfte in Deutschland stehen: An der Seite Israels in ihrem Krieg gegen die Hamas-Terroristen und an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland. Die Solidarität darf auch dann nicht nachlassen, wenn Antisemiten und Israelhasser ihre verwerflichen Anliegen mit großer Ausdauer auf unsere Straßen tragen.*

*Eine der größten Herausforderung bleibt in diesem Zusammenhang die Bekämpfung von Fake News. Desinformationen und Desinformationskampagnen im Netz sind gezielt anzugehen. Aber auch sämtliche Förderungen und Unterstützungszahlungen in die palästinensischen Gebiete und Organisationen sind auf einen kritischen Prüfstand zu stellen. Zu oft hat die Hamas humanitäre Hilfe für eigene Zwecke verwendet. Klar muss sein: Wer Israel vernichten will, sein Existenzrecht abspricht oder den Holocaust verharmlost, darf zukünftig keinen Cent deutschen Steuergeldes erhalten. Das übergeordnete Ziel bleibt die Lösung des Nahostkonflikts auf Grundlage der Zweistaatenlösung. Nur diese langfristige Lösung realisiert, was jüngst der US-Präsident in Einforderung des universellen Charakters der Menschenrechte bekundet hat: Die Menschen israelischer und palästinensischer Zugehörigkeit verdienen ein Leben in Würde, Frieden und Freiheit. •*

## Aktuelle Stunde zur irregulären Migration

**D**ie Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) hat in der Nacht auf den 7. November 2023 gemeinsam mit dem Bundeskanzler eine Reihe von Beschlüssen zur Migrationspolitik gefasst. Diese Beschlüsse betreffen vorrangig die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten, die Frage der Sozialleistungen

für Asylsuchende sowie die Verfahrensbeschleunigung und -digitalisierung. Der MPK voraus gingen viele Wochen, in denen weder das Ziel noch die konkreten Lösungsansätze des Bundeskanzlers in Anbetracht der drängenden Migrationskrise sichtbar waren. Bereits am 6. September 2023, also vor mehr als zwei Monaten, hat Bundeskanzler Scholz im Plenum des Deutschen Bundestages der Opposition einen Deutschland-Pakt angeboten – ohne jedoch konkrete Maßnahmen vorzulegen. Wir waren gesprächsbereit – unter der Maßgabe, dass am Ende wirksame Maßnahmen stehen, welche die Zahlen der illegalen Migration nach Deutschland senken.

**Standpunkt:** *Der Bundeskanzler möchte den Eindruck erwecken, die Beschlüsse der MPK seien ein signifikanter Fortschritt auf diesem Weg – weshalb er sogar die Überschrift „Humanität und Ordnung“ von uns entlehnt hat. Tatsächlich wird aber nur ein Bruchteil unserer 26 Forderungen für eine wirkliche Wende in der Asyl- und Flüchtlingspolitik aufgegriffen. Die Beschlüsse der MPK sind deshalb nicht mehr als ein erster Schritt auf dem Weg zu einer raschen und spürbaren Reduzierung der irregulären Migration nach Deutschland. Die Einigung wärmt viele altbekannte Ankündigungen aus früheren Vereinbarungen auf, die auch nach Monaten noch nicht umgesetzt sind. Die Kraft des Bundeskanzlers zur Änderung seiner Migrationspolitik scheint bereits beim kleinsten gemeinsamen Nenner erschöpft. Wir fordern auch weiterhin: Die Zahlen müssen runter. •*

## Die Bundeswehr nachhaltig finanzieren

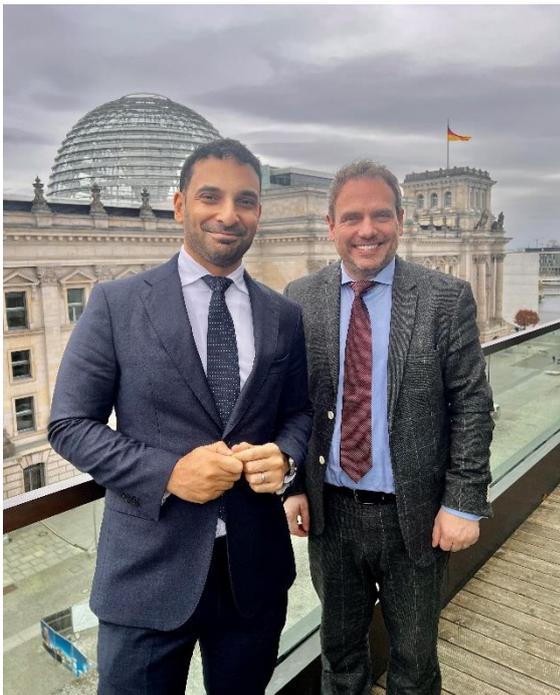
Nach Ende des bipolaren Konflikts profitierte Deutschland von der sogenannten „Friedensdividende“. Wir lebten in der Illusion vom „Ende der Geschichte“, in welchem es keine existenziellen militärischen Bedrohungen mehr geben würde. Spätestens mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine haben sich die sicherheits- und verteidigungspolitischen Grundannahmen jedoch fundamental verschoben.

Deutschland braucht eine Bundeswehr, die die Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung erfüllen kann. Der Weg dahin ist steinig, der Reform- und Nachholbedarf immens. Neben ausreichend Ressourcen sind effiziente Prozesse und klare Strukturen notwendig.

**Standpunkt:** *Deutschland braucht eine einsatzbereite Bundeswehr, die den Erfordernissen der Landes- und Bündnisverteidigung gerecht wird. Dafür muss der Verteidigungshaushalt zusätzlich zum Sondervermögen bis 2026 auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts anwachsen. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, dem Wort der „Zeitenwende“ endlich auch konkrete Taten bei der Reform der Bundeswehr folgen zu lassen. •*

## Im Gespräch mit dem emiratischen Botschafter

**A**m Rande der heutigen Sitzungen hatte ich die Ehre, mit dem Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate, Herrn Ahmed Alattar, zu sprechen. Themen unseres Gesprächs waren u.a. die aktuelle Lage im Mittleren Osten, insbesondere der durch den terroristischen Überfall der Hamas auf Israel eskalierte Konflikt und seine regionalen Auswirkungen sowie die Entwicklung unserer bilateralen Beziehungen.



In vielen Gebieten sind unsere beiden Länder enge Partner, etwa beim Kampf gegen den Klimawandel, die Entwicklung von nachhaltigen Zukunftstechnologien, aber auch in geostrategischen Fragen und bei der Eindämmung des islamistischen Extremismus.

Ich habe mich ausdrücklich für die konstruktive Rolle der VAE bedankt, die sie in der derzeitigen schwierigen Lage in der Region spielen.

Vielen Dank für das konstruktive Gespräch, Herr Botschafter! •

Die gute Nachricht der Woche:

### EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat von einem „historischen Tag“ gesprochen, als vorgestern im Fortschrittsbericht der EU-Kommission die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine empfohlen wurde. Darüber können Moldau und – eingeschränkt - Bosnien und Herzegowina auf einen Start von EU-Beitrittsverhandlungen hoffen, während Georgien den Status eines Beitrittskandidaten bekommen könnte. Da der Beitrittsprozess an eine strenge Konditionalität geknüpft ist, wird aber von allen beitrittswilligen Ländern noch Einiges abverlangt werden. Unter den sieben von der EU-KOM empfohlenen Kriterien, an denen die Ukraine arbeiten muss, gehören u.a. eine stärkere Korruptionsbekämpfung. Dennoch ist die Botschaft klar: In diesen Zeiten gilt es Europa zu stärken – und das tun wir, indem wir mit weiteren beitrittswilligen Staaten ernsthaftere Gespräche führen. •